

Sozialwohnungen dringend gesucht

Neue Studie: Heidelberg braucht 73 Sozialwohnungen pro tausend Einwohner – „Öffentliche Hand soll Wohnungsbau anschieben“

RNZ. Menschen mit schmalen Geldbeutel drohen mehr und mehr vom Wohnungsmarkt in Heidelberg abgekoppelt zu werden. Eine Stärkung des sozialen Wohnungsbaus soll Abhilfe schaffen. Dazu hat eine Studie vom Pestel-Institut jetzt für die Stadt Heidelberg eine Bestandsaufnahme gemacht und den Bedarf an Sozialwohnungen ermittelt. Demnach haben derzeit rund 10 790 Haushalte in Heidelberg Anspruch auf eine Sozialmietwohnung. Zu diesen Haushalten mit niedrigem Einkommen gehören Hartz-IV-Empfänger und Wohngeldbezieher, ebenso Erwerbsunfähige und ältere Menschen, die von der staatlichen Grundversicherung leben.

Pro tausend Einwohner würden somit 73 Sozialwohnungen benötigt. Heidelberg habe damit beim sozialen Wohnraum einen deutlichen Bedarf. Dieser liege im Bundesdurchschnitt. „Aber längst nicht jeder, der Anspruch auf eine Sozialwohnung hat, hat auch die Chance, eine zu bekommen. In ganz Baden-Württemberg sieht es hier schlecht aus: Lan-

desweit stehen nur für 13 Prozent der betroffenen Haushalte Sozialmietwohnungen zur Verfügung“, sagt Matthias Günther vom Pestel-Institut.

In den vergangenen Jahren seien in Baden-Württemberg viele Sozialwohnungen vom Markt verschwunden. Hier klaffe eine enorme Lücke. „Dies trifft insbesondere Geringverdiener, Alleinerziehende und Rentner. Für Haushalte mit geringem Budget bezahlbare Wohnungen zu schaffen, ist eine der drängendsten sozialen Herausforderungen“, so Günther.

Das Pestel-Institut hat die Studie zum „Bedarf an Sozialwohnungen in Deutschland“ im Auftrag der Wohnungsbau-Initiative gemacht. Dazu haben sich neben der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) der Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure (BDB), die Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau (DGfM) und der Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel



„Bitte nur günstige Angebote“: Alleinerziehende haben es schwer bei der Wohnungssuche. Foto: Joe

(BDB) zusammengeschlossen. Gemeinsam fordern sie einen „Masterplan für den sozialen Wohnungsbau“ in Deutschland. Hier seien alle in der Pflicht: Bund, Land und Kommunen. Um dem Abwärtstrend bei den Sozialwohnungen entgegenzuwirken, setzt die Wohnungsbau-Initia-

tive auf vier Maßnahmen: Neben dem Neubau von Sozialwohnungen komme auch der Ankauf von Belegungsrechten – und damit die Schaffung von „Sozialwohnungen auf Zeit“ – infrage. Ebenso könne zusätzliches Bauland für den Mietwohnungsbau ausgewiesen werden. „Darüber hinaus kann die öffentliche Hand die Modernisierung von bestehendem Wohnraum fördern und dabei die Mieten deckeln“, sagt Matthias Günther. Im Fokus müsse hier die energetische und altersgerechte Sanierung stehen.

An die heimischen Bundestagsabgeordneten appelliert die Wohnungsbau-Initiative, sich in Berlin schon bei den laufenden Haushaltsberatungen für das kommende Jahr für eine deutliche Aufstockung der Gelder für den sozialen Wohnungsbau starkzumachen. In einem Schreiben an die Parlamentarier aller Fraktionen nennt die Initiative den schrumpfenden Bestand von Sozialwohnungen ein „wachsendes Problem“. Der Staat sei jetzt gefordert, den sozialen Wohnungsbau anzuschieben.